



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0178/28 49 591

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 056.09 / 16.02.2009

SOFFIN-Termin schon am 24. Februar – Landesregierung muss endlich Parlament informieren

Zu den Presseberichten, Hamburg und Schleswig-Holstein hätten eine Fristverlängerung von vier Wochen erhalten, um ihr neues Konzept für die HSH Nordbank beim „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SOFFIN) vorzulegen, erklärt die finanzpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion, **Monika Heinold**:

Nach meiner Kenntnis hat der Bund keine Fristverlängerung um vier Wochen, sondern nur um drei Tage eingeräumt: Am 24. Februar müssen Hamburg und Schleswig-Holstein beim SOFFIN darlegen, wie ihr Rettungskonzept für die HSH-Nordbank aussieht.

Ich warne die Landesregierung davor, den dazu vereinbarten Parlamentsvorbehalt als Beruhigungstablette für aufmüpfige Parlamentarier einzustufen: Es geht um Bürgschaften und Kredite in zweistelliger Milliardenhöhe! Hier muss das schleswig-holsteinische Parlament entscheiden und nicht die Landesregierung im stillen Kämmerlein im Schlepptau von Ole von Beust.

Die Informationspolitik der Landesregierung gegenüber den MitarbeiterInnen der HSH-Nordbank und gegenüber dem Parlament ist unverantwortlich. Nach unserer Kenntnis gibt es durch die 2005 ausgelaufene Gewährträgerhaftung noch immer hohe Verpflichtungen für das Land. Auch sind die Landesbanken beim Bundesrettungsschirm benachteiligt, so dass die Länder auch bei einer Erhöhung des Eigenkapitals erheblich in Vorleistung gehen müssten, bevor der SOFFIN in Anspruch genommen werden kann.

Die Landesregierung muss endlich Klarheit darüber schaffen, wie die Rahmenbedingungen sind und das Parlament informieren.
